



## Johannes Rau ist immer noch ein Vorbild

Dieser Tage jährt sich der Amtsantritt von Johannes Rau als Ministerpräsident zum 40. mal. Auch heute noch wird er zu Recht von vielen Bürgern NRW als ein echter Landesvater in Erinnerung behalten. Auch ich empfinde Johannes Rau immer noch als Vorbild. Er hat mit klarem Blick nie die Notwendigkeit zum Wandel geleugnet und war überzeugt, dass dieser aktiv gestaltet werden muss. Aber ganz wichtig war ihm dabei immer, die betroffenen Menschen nicht aus dem Blick zu verlieren. Wandel muss mit den Menschen vor Ort gestaltet werden! Dies ist eine Lektion an die wir uns alle erinnern sollten, wenn wir über den laufenden Strukturwandel im

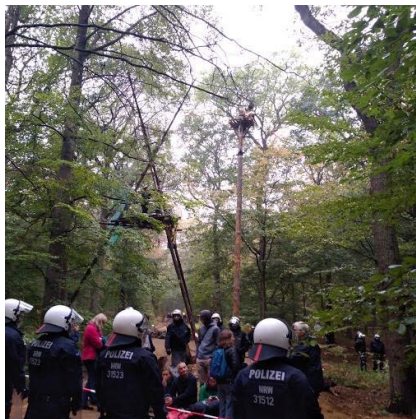
Rheinischen Revier diskutieren. Die Sorgen der Beschäftigten und der Menschen in der Region müssen wir ernst nehmen.



**JOHANNES RAU:**  
„WIR WOLLEN DAS  
UNSERE TUN,  
DAMIT ES IN  
UNSERER  
GESELLSCHAFT  
MENSCHLICHER  
ZUGEHT.“

## Hambacher Forst Thema im Innenausschuss

Auf eine Berichts-anfrage der SPD-Landtagsfraktion hin, hat CDU-Innenminister Reul am Donnerstag im Innenausschuss über die Unterstützerszene der radikalen Waldbesetzer gesprochen. Besonderes Augenmerk legten wir bei unseren Fragen auf die Anschuldigung des Ministers, der BUND unterstütze die Gewalttäter im Wald. In seinen Ausführungen sprach der Minister von einer „Grauzone“ in der sich die Umweltschützer bewegen würden. Ich habe in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, dass wir klar sagen müssen, wo und wie die kriminellen Machenschaften der Waldbesetzer unterstützt werden. Gleichzeitig müssen wir aber aufpassen, dass der friedliche Protest nicht in ein falsches Licht gerückt wird. Einig sollten sich alle Demokraten sein, dass Kotattacken und tätliche Angriffe auf Polizisten unerträglich sind.



## Landesregierung bremst weiter bei der Bekämpfung der Geldwäsche

Bereits in Ausgabe 24 vom 2. März 2018 hatte ich auf die offenkundigen Probleme bei der Bekämpfung der Geldwäsche in NRW hingewiesen. Aufgrund von Neuorganisationen kommt es zu gewaltigen Bearbeitungsstaus von inzwischen über 30.000 und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land funktioniert nicht mehr. Der SPD-Antrag, in dem wir die Landesregierung auffordern sich endlich beim Bund für eine Beseitigung dieser Missstände einzusetzen, wurde im Innenausschuss von dieser Woche beraten.

Leider zeigte sich dabei, dass die Landesregierung die bestehenden Probleme nicht ernst nimmt. Anstatt entschieden gegen diese Grundlage des organisierten Verbrechens und der Terrorfinanzierung vorzugehen, will die Landesregierung erst einmal abwarten, ob sich die Probleme von alleine beheben.

Ich meine, wir dürfen nicht zulassen, dass unser Land ein sicherer Hafen für illegale Vermögensverschiebungen wird. Geldwäsche muss rigoros bekämpft werden.

Ihr